EINBÜRGERUNG | INFORMATION FÜR ANTRAGSTELLERINNEN UND ANTRAGSTELLER

Merkblatt zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Vorbereitung auf das persönliche Gespräch über die Bekenntnisse und die Loyalitätserklärung

DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

Sie müssen keine schwierigen Fachwörter kennen. Wichtig ist, dass Sie die Grundgedanken verstehen und mit eigenen Worten erklären können. Bitte lesen Sie dieses Merkblatt vor Ihrem Termin vollständig.

Dieses Merkblatt hilft Ihnen bei drei Fragen:

- Was bedeutet eine wichtige Regel in Deutschland?
- Warum ist diese Regel wichtig und wen schützt sie?
- Welche persönlichen Erklärungen geben Sie später mit Ihrer Unterschrift ab?

1. So läuft das persönliche Gespräch ab

Die Staatsangehörigkeitsbehörde spricht mit Ihnen über Demokratie, Recht und Gesetz, die deutsche Geschichte, jüdisches Leben, Frieden und Ihre persönliche Haltung. Das Gespräch ist keine Schulprüfung.

- Antworten Sie in einfachen eigenen Worten. Oft reichen ein oder zwei klare Sätze.
- Wenn Sie eine Frage sprachlich nicht verstehen, sagen Sie das bitte. Wir können sie anders formulieren.
- Ein einzelnes Wort wie „Demokratie“, „Meinungsfreiheit“ oder „Grundgesetz“ erklärt noch nicht, warum eine Regel wichtig ist.
- Ihre Antworten müssen zu Ihrer eigenen Überzeugung passen. Bitte sagen Sie ehrlich, was Sie denken und was Sie selbst getan haben.

Auch wenn Sie den Einbürgerungstest bestanden haben, müssen Sie die wichtigsten Inhalte der Bekenntnisse selbst verstanden haben.

SO BEREITEN SIE SICH VOR

Lesen Sie bei jedem Thema: Was bedeutet die Regel? Warum ist sie wichtig? Versuchen Sie danach, den Gedanken ohne das Merkblatt selbst zu erklären. Die Beispiele helfen beim Verstehen. Sie sind keine Prüfungsfragen zum Auswendiglernen.

2. Die acht Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Die acht Bereiche gehören zu dem Bekenntnis, das Sie später unterschreiben. Sie müssen sie nicht Wort für Wort auswendig kennen.

a) Die Macht des Volkes, freie Wahlen und die Gewaltenteilung

Das bedeutet: Die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Die Bürger wählen ihre Vertreter in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen. Die Staatsmacht wird außerdem auf verschiedene Stellen verteilt.

Warum ist das wichtig? Die Macht soll nicht bei einer einzigen Person liegen. Das Parlament macht die Gesetze. Die Regierung und Behörden führen die Gesetze aus. Unabhängige Gerichte entscheiden nach Recht und Gesetz. So können sich die staatlichen Stellen gegenseitig kontrollieren.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Eine Gruppe möchte zugleich alle Gesetze beschließen, sie allein ausführen und selbst über Beschwerden entscheiden. Ohne unabhängige Kontrolle könnte diese Gruppe ihre Macht missbrauchen.

WAS DIE WAHLREGELN BEDEUTEN

Allgemein: Alle Wahlberechtigten dürfen wählen. Unmittelbar: Die Stimmen entscheiden direkt über die Wahl der Abgeordneten. Frei: ohne Zwang. Gleich: jede Stimme hat dasselbe Gewicht. Geheim: Niemand muss sagen, wen er gewählt hat.

MERKEN SIE SICH ZU A)

Freie Wahlen geben den Bürgern Einfluss auf die Politik. Gewaltenteilung begrenzt die Macht des Staates. Die Fachwörter „Legislative“, „Exekutive“ und „Judikative“ müssen Sie nicht auswendig kennen.

b) Der Staat muss Recht und Gesetz beachten

Das bedeutet: Auch die Regierung, Behörden und Gerichte müssen die Gesetze beachten. Neue Gesetze müssen zur Verfassung passen.

Warum ist das wichtig? Staatliche Mitarbeiter dürfen nicht nach Lust und Laune entscheiden. Menschen müssen sich gegen rechtswidrige Entscheidungen wehren können.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Eine Behörde verlangt ohne rechtlichen Grund Geld von einer Person. Die Person kann diese Entscheidung überprüfen lassen.

c) Die Opposition gehört zum Parlament

Das bedeutet: Im Bundestag arbeiten auch Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind. Diese Parteien gehören zur Opposition.

Warum ist das wichtig? Auch ihre Abgeordneten wurden von Menschen gewählt. Sie vertreten deren Interessen, kontrollieren die Regierung, kritisieren Fehler und machen andere Vorschläge. Es geht also um mehr als nur um Meinungsfreiheit.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Eine Regierung stellt einen Plan vor. Andere gewählte Abgeordnete dürfen Fragen stellen, Unterlagen prüfen und einen anderen Plan vorschlagen.

d) Die Regierung muss ersetzt werden können

Das bedeutet: Eine Regierung darf nicht für immer an der Macht bleiben. Es muss möglich sein, dass nach demokratischen Regeln eine andere Regierung übernimmt.

Warum ist das wichtig? Die Regierung muss sich vor dem Parlament verantworten. Das verhindert, dass Politiker ihre Macht ohne Kontrolle behalten.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Eine Regierungspartei verliert bei einer Wahl die Mehrheit. Sie darf die Regeln nicht einfach ändern, um trotzdem für immer zu regieren.

e) Gerichte sind unabhängig

Das bedeutet: Richterinnen und Richter entscheiden nach Recht und Gesetz. Niemand darf ihnen ein bestimmtes Urteil vorschreiben.

Warum ist das wichtig? Auch gegen den Staat muss ein Mensch eine faire Entscheidung bekommen können. Einflussreiche Menschen dürfen vor Gericht keinen Sondervorteil haben.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Eine Stadtverwaltung wird verklagt. Der Bürgermeister darf dem Richter nicht befehlen, dass die Stadt gewinnen muss.

f) Keine Gewalt- oder Willkürherrschaft

Das bedeutet: Niemand darf staatliche Macht ohne rechtlichen Grund benutzen. Auch staatliche Gewalt ist an das Gesetz gebunden.

Warum ist das wichtig? Jeder Mensch braucht Schutz vor Unterdrückung, unbegründeter Bestrafung und Machtmissbrauch.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Ein Mensch kritisiert die Regierung. Ein Beamter darf ihn nicht allein aus diesem Grund ohne Gesetz bestrafen.

g) Menschenwürde und Menschenrechte

Das bedeutet: Jeder Mensch hat die gleiche Würde. Das gilt unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, Krankheit, Behinderung oder anderen persönlichen Merkmalen.

Warum ist das wichtig? Kein Mensch ist weniger wert als ein anderer. Der Staat muss die grundlegenden Rechte aller Menschen achten und schützen.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Eine kranke Person kann nicht selbst sprechen. Sie muss trotzdem respektvoll behandelt werden und hat die gleichen Grundrechte.

h) Kein Antisemitismus, Rassismus oder Menschenverachtung

Das bedeutet: Jüdische Menschen, Menschen anderer Herkunft und andere Personengruppen dürfen nicht als minderwertig behandelt werden. Auch wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung darf niemand menschenverachtend behandelt werden.

Warum ist das wichtig? Solche Handlungen verletzen die Menschenwürde. Sie passen nicht zu den Grundwerten des Grundgesetzes.

BEISPIEL AUS DEM ALLTAG

Ein Mensch behauptet, alle Personen einer bestimmten Herkunft seien grundsätzlich schlechter als andere. Damit wertet er eine ganze Gruppe ab.

3. Frauen und Männer, Religion und die Rechte anderer

Gleichberechtigung: Frauen und Männer haben die gleichen Rechte. Erwachsene Frauen dürfen zum Beispiel selbst entscheiden, ob sie arbeiten möchten. Niemand darf ihnen diese Rechte allein wegen ihres Geschlechts verweigern.

Religion und Gesetze: Jeder darf seinen Glauben haben und ausüben. Wenn persönliche oder religiöse Regeln mit einem verbindlichen Gesetz in Konflikt stehen, gelten die staatlichen Gesetze. Die Rechte anderer Menschen müssen geachtet werden.

Sexuelle Orientierung: Auch lesbische, schwule und bisexuelle Menschen haben die gleiche Würde. Niemand muss eine bestimmte Lebensweise persönlich gut finden. Aber alle müssen die Rechte und die Würde anderer Menschen achten.

WICHTIGER GRUNDGEDANKE

Eigene Überzeugungen sind erlaubt. Niemand darf sie aber benutzen, um andere Menschen zu bedrohen, zu entwürdigen oder ihnen Rechte zu nehmen.

4. Hass und Menschenverachtung – auch im Internet

Antisemitismus bedeutet Feindschaft oder Abwertung gegen jüdische Menschen, weil sie jüdisch sind oder dafür gehalten werden. Rassismus bedeutet zum Beispiel, Menschen wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe als weniger wert zu behandeln. Menschenverachtendes Verhalten kann sich auch gegen andere Gruppen richten.

Solche Handlungen können auch im Internet stattfinden. Man muss niemanden körperlich angreifen, um eine menschenverachtende Handlung zu begehen.

- Hassnachrichten schreiben oder Menschen im Internet wegen ihrer Herkunft oder Religion beleidigen.
- Rassistische oder antisemitische Beiträge bewusst verbreiten oder teilen.
- Einen menschenverachtenden Beitrag mit „Gefällt mir“ markieren und dadurch erkennbar unterstützen.
- Ein Bild im eigenen Profil benutzen, das erkennbar Hass gegen eine Menschengruppe ausdrückt.

WICHTIG: DER ZUSAMMENHANG ZÄHLT

Nicht jeder Klick ist automatisch eine antisemitische oder rassistische Handlung. Entscheidend ist, was der Beitrag zeigt, was mit dem Klick ausgedrückt wird und welche Umstände vorliegen. Das gilt auch für Beiträge in anderen Sprachen. Auch frühere Online-Handlungen können relevant sein.

5. Deutschlands besondere Verantwortung für seine Geschichte

Die Zeit des Nationalsozialismus

Von 1933 bis 1945 herrschten in Deutschland die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler. Es war eine Diktatur. Demokratie und Rechtsstaat wurden zerstört. Viele Menschen verloren ihre Rechte. Menschen wurden verfolgt, eingesperrt und ermordet.

Warum ist das wichtig? Deutschland trägt für diese Verbrechen eine besondere historische Verantwortung. Deshalb muss die Würde jedes Menschen geschützt werden. Die Erinnerung soll helfen, dass solche Verbrechen nicht wieder geschehen.

Zu den Themen antisemitische Handlungen, Holocaustleugnung und Existenzrecht Israels stellen wir Ihnen im Gespräch drei persönliche Fragen. Vor jeder Frage erklären wir Ihnen kurz die Bedeutung. Dann geben Sie Ihre eigene Antwort. Sie müssen die Begriffe vorher nicht selbst definieren.

Der Holocaust

Der Holocaust war die systematische Verfolgung und Ermordung von etwa sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Helfer.

Den Holocaust leugnen: Jemand behauptet bewusst, dieser Völkermord habe gar nicht stattgefunden.

Den Holocaust verharmlosen: Jemand spielt die Verbrechen bewusst herunter, bestreitet ihr tatsächliches Ausmaß oder versucht, sie zu rechtfertigen.

DARAUF KOMMT ES AN

Der Holocaust hat tatsächlich stattgefunden. Er darf nicht geleugnet, verharmlost oder gerechtfertigt werden.

Persönliche Frage: Holocaustleugnung und -verharmlosung

Sie werden gefragt, ob Sie selbst früher den Holocaust geleugnet, verharmlost oder gerechtfertigt haben und wie Sie heute dazu stehen. Solche Aussagen können auch im Internet gemacht oder verbreitet werden.

Schutz jüdischen Lebens

Jüdische Menschen sollen in Deutschland und überall frei, sichtbar und sicher leben können. Dazu gehört, ihre Religion ohne Angst ausüben zu können. Wegen der NS-Verbrechen hat Deutschland dafür eine besondere Verantwortung.

Persönliche Frage: Antisemitisch motivierte Handlungen

Sie werden gefragt, ob Sie selbst früher antisemitisch motivierte Handlungen begangen oder unterstützt haben. Dazu gehören je nach Inhalt und Zusammenhang auch Handlungen im Internet, etwa Hasskommentare, geteilte Beiträge oder Likes. Wir fragen außerdem nach Ihrer heutigen Haltung.

6. Das Existenzrecht Israels

Zum Schutz jüdischen Lebens gehört auch die Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel. Israel ist für viele jüdische Menschen eine Heimstatt und ein Zufluchtsort.

Was bedeutet das? Israel hat das Recht, als Staat zu bestehen und weiter zu existieren. Dieses Recht gilt unabhängig davon, welche Regierung Israel hat und welche politischen Entscheidungen sie trifft.

Was bedeutet es nicht? Sie müssen nicht jede Entscheidung der israelischen Regierung gutheißen. Sie dürfen politische Entscheidungen, militärische Maßnahmen und mögliche Verstöße gegen das Völkerrecht kritisieren. Sie dürfen sich auch für die Rechte und die Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung einsetzen.

DER WICHTIGE UNTERSCHIED

Eine Regierung zu kritisieren ist etwas anderes, als Israel grundsätzlich das Recht abzusprechen, als Staat zu bestehen. Das Existenzrecht Israels darf nicht vom Verhalten einer bestimmten Regierung abhängig gemacht werden.

Persönliche Frage: Anerkennung des Existenzrechts Israels

Sie werden gefragt, ob Sie das Recht des Staates Israel, als Staat zu bestehen, uneingeschränkt anerkennen. Dabei wird noch einmal erklärt, dass Kritik an einer israelischen Regierung erlaubt bleibt.

BITTE ANTWORTEN SIE WAHRHEITSGEMÄSS

Bei persönlichen Fragen geht es um Ihre eigene Vergangenheit und Ihre heutige Haltung. Wenn es früher Vorfälle gab, sagen Sie dies offen und erklären Sie die Umstände. Unrichtige Angaben können rechtliche Folgen für das Einbürgerungsverfahren haben.

7. Frieden zwischen Staaten und das Verbot eines Angriffskrieges

Ein Staat darf einen anderen Staat nicht einfach mit militärischer Gewalt angreifen, um Land zu erobern oder politische Ziele durchzusetzen. Das ist ein Angriffskrieg und verstößt gegen das Völkerrecht.

Frieden zwischen Staaten ist ein wichtiger Grundwert des Grundgesetzes. Deutschland lehnt völkerrechtswidrige Angriffskriege ab. Die rechtmäßige Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff ist etwas anderes als ein Angriffskrieg.

EIN BEKANNTES BEISPIEL

Russland hat 2022 die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen. Auch die bewusste militärische Hilfe für einen solchen Angriffskrieg ist mit dem Friedensgebot nicht vereinbar. Entscheidend ist Ihre persönliche Haltung – nicht Ihre Staatsangehörigkeit.

Auch Beiträge im Internet können wichtig sein

Wer einen Angriffskrieg im Internet erkennbar verherrlicht oder zu seiner Unterstützung aufruft, kann zeigen, dass er das Friedensgebot ablehnt. Dazu kann zum Beispiel die unterstützende Verwendung des „Z“-Zeichens der russischen Streitkräfte im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine gehören.

Auch hier zählt der Zusammenhang. Nicht jeder Buchstabe, jedes Bild oder jeder Klick hat automatisch diese Bedeutung.

8. Ihre persönliche Loyalitätserklärung

Bei der Loyalitätserklärung geht es um Ihre eigenen Handlungen. Es wird erklärt, was mit bestimmten politischen Bestrebungen gemeint ist. Danach werden Sie persönlich gefragt, ob Sie solche Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt haben oder dies heute tun.

Was ist eine „Bestrebung“? Damit sind hier gezielte Aktivitäten gemeint, mit denen Menschen oder Gruppen bestimmte verfassungsfeindliche Ziele erreichen wollen. Eine bloße andere politische Meinung ist nicht automatisch eine solche Bestrebung.

Was ist „Unterstützung“? Zum Beispiel bewusst Geld geben, Werbung machen, bei Aktivitäten helfen oder für die verfassungsfeindlichen Ziele werben. Auch eine bewusste Förderung über soziale Netzwerke kann relevant sein. Man muss nicht Mitglied einer Organisation sein.

DREI BEREICHE WERDEN ERKLÄRT

Bei jeder der folgenden drei Erklärungen geht es um Ihr eigenes früheres und heutiges Verhalten. Wir fragen ergänzend nach möglichen künftigen Absichten. Bitte machen Sie vollständige und wahrheitsgemäße Angaben.

a) Gegen die Demokratie, den Bestand oder die Sicherheit Deutschlands

Hier geht es zum Beispiel um Gruppen, die gezielt freie Wahlen abschaffen, die demokratische Ordnung beseitigen oder die Sicherheit Deutschlands oder eines Bundeslandes gefährden wollen. Auch bewusste Hilfe für solche Ziele kann eine Unterstützung sein.

b) Die Arbeit wichtiger staatlicher Organe rechtswidrig behindern

Hier geht es zum Beispiel um gezielte rechtswidrige Angriffe oder Drohungen, damit Abgeordnete, Regierungen oder andere Verfassungsorgane ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Friedlicher Protest und rechtmäßige politische Kritik sind erlaubt.

c) Gewalt, die deutsche Interessen im Ausland gefährdet

Hier geht es um Bestrebungen, die durch Gewalt oder die Vorbereitung von Gewalt deutsche Interessen im Ausland gefährden. Dazu kann die bewusste Finanzierung, Planung oder sonstige Hilfe für entsprechende Gewalttaten gehören. Normale Hilfe für Menschen im Ausland ist nicht automatisch eine solche Unterstützung.

Extremistische Organisationen

Im persönlichen Prüfungsgespräch legen wir Ihnen die Liste extremistischer Organisationen vor. Sie können diese Liste dort in Ruhe durchsehen. Danach fragen wir Sie, ob Sie einer der genannten Organisationen jemals angehört haben oder ob Sie eine davon früher oder heute unterstützt haben. Wenn das nicht der Fall ist, sagen Sie dies bitte ebenfalls deutlich. Die Liste ist nicht vollständig: Auch andere verfassungsfeindliche Organisationen können wichtig sein. Bitte antworten Sie vollständig und wahrheitsgemäß.

Was gilt bei früheren Handlungen?

Frühere Handlungen müssen nicht immer bedeuten, dass eine Einbürgerung ausgeschlossen ist. Es kommt auf den Einzelfall an. Wenn Sie sich von früheren verfassungsfeindlichen oder menschenverachtenden Handlungen abgewandt haben, kann wichtig sein, warum und wie Sie Ihre Haltung dauerhaft geändert haben. Allein der Hinweis, dass etwas lange zurückliegt, reicht dafür häufig nicht.

9. So können Sie sich vorbereiten

- Lesen Sie die acht Grundsätze der Demokratie und überlegen Sie, wen die Regeln schützen.
- Erklären Sie sich selbst, warum die Macht im Staat verteilt wird und warum Opposition und unabhängige Gerichte wichtig sind.
- Informieren Sie sich über die nationalsozialistische Diktatur, den Holocaust und den Schutz jüdischen Lebens.
- Lesen Sie den Abschnitt zum Existenzrecht Israels sowie zum Friedensgebot besonders aufmerksam.
- Denken Sie auch an eigenes Verhalten im Internet und in sozialen Netzwerken.
- Überlegen Sie, ob Sie früher oder heute Mitglied einer extremistischen oder verfassungsfeindlichen Organisation waren oder sie unterstützt haben. Die Liste legen wir Ihnen erst beim persönlichen Prüfungsgespräch vor.
- Lesen Sie nun die folgenden gesetzlichen Erklärungstexte. Im Gespräch müssen Sie deren Kerngedanken in einfachen eigenen Worten verstehen.

10. Das werden Sie später unterschreiben

Die folgenden Texte zeigen den Wortlaut der Bekenntnisse und der Loyalitätserklärung, die im Einbürgerungsverfahren vorgesehen sind. Diese Texte sind in der gesetzlichen Sprache geschrieben. Sie müssen sie nicht auswendig lernen. Bitte lesen Sie sie sorgfältig und verstehen Sie den Inhalt. Die Unterschrift erfolgt später auf den gesonderten Formularen der Behörde.

A. Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

e) die Unabhängigkeit der Gerichte,

f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,

g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und

h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.

B. Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung und zum Frieden

Ich bekenne mich

a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie

b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

C. Loyalitätserklärung

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder

c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Wenn eine frühere Verfolgung oder Unterstützung solcher Bestrebungen vorliegt und eine glaubhafte Abwendung festgestellt werden kann, ist hierfür eine ergänzte Erklärung vorgesehen. Die Behörde bespricht das im Einzelfall mit Ihnen.

11. Das feierliche Bekenntnis bei der Einbürgerung

Vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde geben Sie zusätzlich das gesetzlich vorgeschriebene feierliche Bekenntnis ab. Es lautet:

FEIERLICHES BEKENNTNIS

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Die Einbürgerung wird erst mit der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde wirksam. Das feierliche Bekenntnis ist etwas anderes als das vorherige persönliche Gespräch.

12. Wer muss die Erklärungen abgeben?

Grundsätzlich müssen Einbürgerungsbewerberinnen und Einbürgerungsbewerber ab 16 Jahren die Bekenntnisse und die Loyalitätserklärung persönlich abgeben. Für jüngere Kinder und in bestimmten gesetzlich geregelten Fällen gelten Ausnahmen. Ob eine Ausnahme vorliegt, prüft die Behörde.

ZUM SCHLUSS

Bringen Sie zum Termin keine auswendig gelernten Antworten mit. Wichtig ist, dass Sie erklären können, warum die Regeln gelten, und dass Ihre persönlichen Erklärungen wahrheitsgemäß sind.

Stadtverwaltung Speyer · Staatsangehörigkeitsbehörde · Große Himmelsgasse 10 · 67346 Speyer